

Kein teurer Abstimmungskampf

Einigung Initiative zum Standort der Kinder- und Jugendpsychiatrie wird zurückgezogen

VON SIMON ERLANGER

Es herrschte Einigkeit und Harmonie gestern, als Vertreter des Initiativkomitees «Kinder- und Jugendpsychiatrie im Herzen der Stadt» zusammen mit der Leitung der Basler Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) und des Gesundheitsdepartements den Rückzug der Initiative verkündeten.

Dabei hatte seit 2011 grosse Unruhe geherrscht rings um die Kinder- und Jugendpsychiatrische Klinik (KJK). Darnach hatten die UPK angekündigt, die Kinder- und Jugendpsychiatrie in einem 20 Millionen Franken teuren Neubau auf dem UPK-Areal zu konzentrieren. Statt sieben Standorte sollte es künftig nur noch zwei geben: bei der UPK und im Kinderspital (UKBB).

Dagegen formierte sich Widerstand. Betroffene Eltern, Kinderpsychologen, Psychiater und Psychoanalytiker wollten nicht, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrie aus der Stadt verschwinden würde. Am neuen Standort wurde die höhere Zugangsschwelle kritisiert. Es sei für Eltern schwierig, ihre Kinder an einen Ort nahe der Erwachsenenpsychiatrie zu bringen. Eine im Herbst 2014 eingereichte Verfassungsinitiative forderte deshalb einen besser erreichbaren Standort im Stadtzentrum.

Der Kompromiss

Die Fronten schienen verhärtet. Doch nun der Durchbruch. Schon kurz



Die Kinder- und Jugendpsychiatrie muss raus aus dem Schaffhauserrheinweg. MTO

nach Amtsantritt der neuen UPK-Direktorin Anne Lévy letzten August sei verhandelt worden. Die Gespräche waren erfolgreich. Laut dem gestern verkündeten Kompromiss bleiben ambulante Angebote der KJK weiterhin im Zentrum von Basel. Mit den beiden stationären Abteilungen, der Tagesklinik für Vorschulkinder und der Forschungsabteilung sollen aber vier Abteilungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie aufs UPK-Areal verlegt werden.

Das Hauptanliegen der Initiative werde so umgesetzt. «Ich bin mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Mit dem Verlauf der Kontakte der letzten Monate auch»,

sagt denn auch Psychotherapeut Peter Schwob vom Initiativkomitee.

Initiative als Druckmittel

Seit 2011 hätten die Gegner vergeblich das Gespräch gesucht. Eine Petition sei versendet, so Schwob. Erst die im September 2014 eingereichte Volksinitiative hätte Bewegung in die Sache gebracht. Diente das zurückgezogene Volksbegehren also als politisches Druckmittel? «Ja, eindeutig! Ich finde es irrsinnig, dass dies ging», erklärt Peter Schwob. «Es ist schwierig zu sagen, wie sich die Dinge entwickelt hätten ohne Initiative. Aber es ist anzuerkennen,

dass die Initiative dieses Geschäft bewegt hat», so Lukas Engelberger (CVP), Vorsteher des Gesundheitsdepartements, gegenüber der bz.

Auch mit dem Kompromiss wird der bisherige Standort der KJK-Poliklinik in einer herrschaftlichen Villa am Schaffhauserrheinweg aufgegeben. Bis zu 1000 junge Patienten werden hier jährlich behandelt. Die UPK sucht nun neue Räumlichkeiten zur Miete.

Neubau kommt trotzdem

Am Neubau auf dem UPK-Areal hält die UPK fest. Allerdings wird das Projekt wegen des Verbleibs der Poliklinik im Zentrum der Stadt verkleinert. Die Kosten für das neue Ambulatorium in der Stadt und den Neubau bei der UPK sollen das schon seit 2011 vorgesehene Kostendach von 20 Millionen Franken nicht überschreiten.

«Ich bin zufrieden mit dem Kompromiss», sagt Lukas Engelberger. «Der Regierungsrat unterstützt die Lösung, die gefunden wurde. Es ist sehr wichtig, dass es eine partnerschaftliche Lösung ist.» Mit dem Kompromiss sei das Hauptanliegen der Regierung erfüllt, Kindern und Jugendlichen ein gutes Angebot zur Verfügung zu stellen. Die Basler Regierung hatte die Initiative zur Ablehnung empfohlen, ebenso die vorberatende Gesundheitskommission des Grossen Rats. Das Geschäft steht übrigens immer noch auf der Traktandenliste der Grossratssitzung vom nächsten Mittwoch.

NACHGEFRAGT

«Energie und Kraft nicht in Debatten vergeuden»

INTERVIEW: SIMON ERLANGER

Frau Lévy, kaum im Amt, haben Sie den Konflikt um die Kinder- und Jugendpsychiatrie entschärft. Wie?
Anne Lévy: Durch Dialog. Mir ist es ein Anliegen, mit den zuweisenden Psychologen und Psychiaterinnen gut zusammenarbeiten. Es geht schliesslich um die optimale Behandlung von psychisch kranken Kinder und Jugendlichen.



Anne Lévy, Direktorin UPK Basel.

Der Rückzug der Initiative erspart Ihnen auch einen teuren Abstimmungskampf.

Klar, das ist positiv. Wir können nun unsere Energie und Kraft anders einsetzen und nicht in Debatten vergeuden, was für keine Seite gut gewesen wäre.

Wo kommt die Poliklinik neu hin?

Wir hoffen, dass wir nahe bei der Kornhausgasse etwas finden. Dort ist auch das ambulante UPK-Gesundheitszentrum für Erwachsene. Der Ort ist zentral und mit Bus und Tram gut erreichbar.

Wann wollen Sie umziehen?

Wir sind am Suchen, haben aber das Gefühl, dass wir schnell etwas finden. Vielleicht brauchen wir dann noch etwas Zeit zum Umbauen. Wir sind aber zuversichtlich, dass wir nächstes Jahr zügeln.